

Scharrer, Hans-Eckart

**Article — Digitized Version**  
**Kein Mut zur Utopie**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scharrer, Hans-Eckart (1977) : Kein Mut zur Utopie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 12, pp. 592-

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/135137>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Hans-Eckart Scharrer

## Kein Mut zur Utopie

Entgegen den anfänglich pessimistischen Erwartungen hat der Europäische Rat auf seiner Brüsseler Sitzung doch einige der strittigen Themen entschieden, die ihm von den diversen (Fach-)Ministerräten in immer größerer Zahl auf den Tisch flattern: der EG-Haushalt wird künftig in der aktualisierten, auf Basis eines Währungskorbes definierten Europäischen Rechnungseinheit (ERE) aufgestellt; die Finanzierung des Regionalfonds ist auf weitere drei Jahre gesichert, die Mittel dafür sind sogar beträchtlich aufgestockt worden; und die Gemeinschaft kann eine 1-Mrd.-ERE-Anleihe (ca. 2,6 Mrd. DM) zur finanziellen Flankierung des ökonomischen Strukturwandels auflegen.

Mit der Ablösung der an die Gold- bzw. Dollar-Paritäten von 1970 geknüpften alten Rechnungseinheit wird die Bewertung der einzelnen EG-Valuten nun auch für Budgetzwecke der laufenden Marktentwicklung angepaßt. Die praktischen Implikationen für die finanzielle (Brutto-)Lastenverteilung sind freilich gering. Bis 1977 wurden die Beiträge der Mitgliedstaaten zum EG-Haushalt nach Quoten bemessen, wobei die in nationaler Währung aufzubringenden Leistungen sich nach den längst überholten Paritätskursen errechneten. Hingegen werden künftig Zölle, Abschöpfungen und auch der Anteil der EG an den Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten ohne Quotenbindung in der Höhe an Brüssel abgeführt, wie die Beiträge in Landeswährung anfallen. Aus deutscher Sicht kommt die Umstellung daher um mindestens drei Jahre zu spät. Die Einigung ist deshalb mehr ein Sieg der Vernunft und ein Beitrag zur europäischen (Währungs-)Identität als ein ökonomischer „Sieg“ der Bundesrepublik, als der er in der Presse gelegentlich dargestellt wurde.

Die drei Neumitglieder können noch bis 1979 Nutzen aus einer Übergangsregelung ziehen, die ihre Leistungen zum EG-Budget weiterhin begrenzt. Um Großbritannien vor einem allzu abrupten Sprung von seinem gegenwärtigen Finanzierungsanteil von 12% auf den rechnerischen Normanteil von 18 bis 19% zu bewahren, beschloß der Gipfel die Einrichtung eines Sonderkontos von rund 1 Mrd. D-Mark (Gegenwert), an dem sich die Bundesrepublik mit etwa 300 Mill. D-Mark beteiligen wird.

Nachgegeben hat Bundeskanzler Schmidt in Sachen Regionalfonds und EG-Anleihe. Diese Entscheidung war sicher richtig. Zu kritisieren ist jedoch, daß es wieder nicht gelungen ist, Ansätze für eine effektivere Mittelverwendung zu machen. Gerade der Regionalfonds ist heute eher ein Instrument des

horizontalen Finanzausgleichs unter den EG-Staaten als ein Mechanismus, der tatsächlich zusätzliche Mittel in die bedürftigen Regionen Europas pumpt. Eine klare Mittelkonzentration auf einige wenige Problemregionen statt der herrschenden Mittelzersplitterung könnte diesem Trend entgegenwirken.

Ein Begräbnis „Erster Klasse“ erhielten die Vorschläge der EG-Kommission für eine Wiederbelebung der Wirtschafts- und Währungsintegration. War die kühne Initiative des Kommissionspräsidenten Jenkins für einen qualitativen Sprung in die Währungsunion schon von der Kommission stark verwässert worden – das Kommissionspapier geht über die altbekannten Vorschläge für mehr Koordinierung und Harmonisierung nicht hinaus –, so ist mit der Verweisung an den Ministerrat „zur weiteren Prüfung“ das Ende bereits vorprogrammiert.

Tatsächlich sind vor allem Jenkins' Ideen eine nähere Diskussion durchaus wert. Jenkins geht von den ernüchternden Erfahrungen aus, die alle Mitgliedstaaten bei dem Versuch machen mußten, die Beschäftigung durch eine expansive Geldpolitik nachhaltig zu stimulieren. Inzwischen ist die Rückbesinnung auf den Nutzen einer stabilitätsorientierten Geldpolitik – nicht zuletzt unter dem Einfluß der Monetaristen – überall im Gange. Jenkins sieht daher Chancen für die Schaffung einer unabhängigen europäischen Zentralbank, die – und das ist der Kern seines Vorschlages – vor allem die Aufgabe hätte, durch eine entsprechende Geldmengenpolitik für einen stabilen Geldwert zu sorgen. Diese Idee erscheint zwar auf den ersten Blick utopisch, ist aber ökonomisch keineswegs völlig abwegig. Zwar läßt sich ein europäisches Zentralbanksystem nicht von heute auf morgen schaffen. Erste Weichen könnten aber schon jetzt gestellt werden. Freilich, ein wenig Mut zur Utopie gehört dazu.